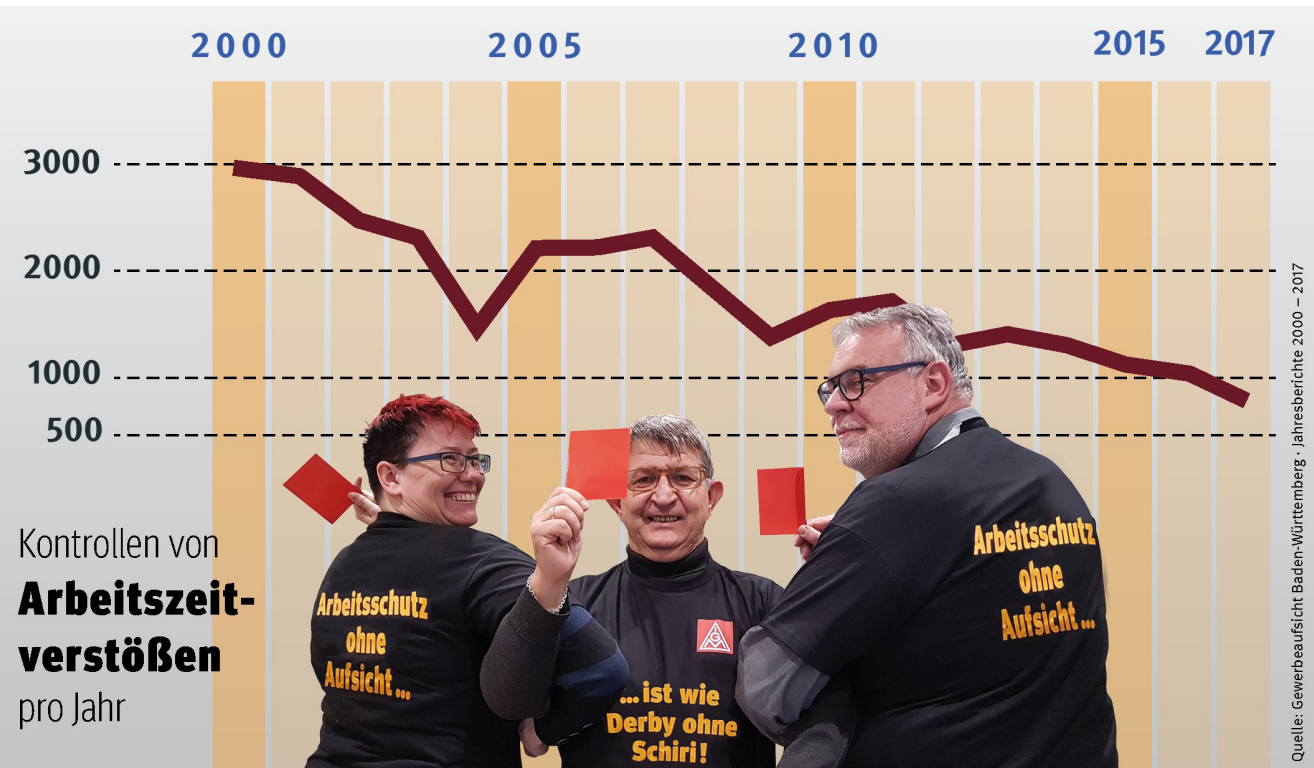


IMPRESSUM

Redaktion Roman Zitzelsberger (verantwortlich), Petra Otte
Anschrift IG Metall Baden-Württemberg, Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart
Telefon 0711 165 81-0 | Fax 0711 165 81-30
bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de | bw.igm.de



Auch in Baden-Württemberg wird immer seltener kontrolliert: Auf der Messe »Arbeitsschutz Aktuell« in Düsseldorf haben sich Mitglieder des bezirklichen Arbeitskreises deshalb für einen besseren staatlichen Arbeitsschutz eingesetzt.

Stiefkind Arbeitsschutz

Schichtarbeit, Stress, ständige Erreichbarkeit, Zeitdruck, Überstunden - das ist die Realität in vielen Fabriken und Büros. Die gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen sind nicht absehbar, Besserung ist nicht in Sicht. Die IG Metall Baden-Württemberg thematisiert die Probleme regelmäßig auf Arbeitsschutz-Konferenzen, zuletzt in Reutlingen. Dort erklärte Andrea Fergen, Leiterin Arbeitsgestaltung und Gesundheitsschutz bei der IG Metall: »Eine Hauptsache-Arbeit-Strategie springt zu kurz. Es geht um Arbeit, die nicht krank macht. Wirksame Prävention gegen digitalen Stress und psychische Erkrankungen – das ist ein Gebot der Stunde!«

Unterstützung tut Not Arbeitsschützer und Betriebsräte sind sich einig: Im anstehenden Wandel der Arbeitswelt werden die Herausforderungen für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter zunehmen. Umso mehr bedarf es der Unterstützung durch Berufsgenossenschaften und den staatlichen Arbeitsschutz, damit

GESUNDHEIT IM JOB Verstöße gegen den gesetzlich geregelten Arbeitsschutz werden kaum aufgespürt. Der Abbau personeller und finanzieller Ressourcen in den zuständigen Behörden führt zum Kollaps – auf Kosten der Arbeitnehmer. Jetzt ist der Ministerpräsident gefragt.

neue Arbeitskonzepte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch zum Einsatz kommen können.

Abhilfe nicht in Sicht Allerdings ist es um den staatlichen Arbeitsschutz schlecht bestellt. Zu wenig Personal. Zu wenig Geld. Keine ausreichenden Kontrollen. Etwa 22,5 Jahre vergehen rein statistisch zwischen zwei Betriebskontrollen. Verstöße werden oft nicht ausreichend sanktioniert. Die verhängten Geldstrafen schrecken niemanden ab. Es krankt an allen Ecken und Enden.

Die grün-schwarze Landesregierung hält sich zum Thema bedeckt. In einem

Brief der IG Metall Baden-Württemberg an Ministerpräsident Winfried Kretschmann mahnten Bezirksleiter Roman Zitzelsberger und Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, die Defizite in der staatlichen Arbeitsschutzaufsicht an. Eine Antwort steht noch aus, auf ein vergleichbares Schreiben des DGB kam seitens der Regierung aber eine eher ernüchternde Antwort: Eine endgültige Entscheidung über die Verteilung des Doppelhaushaltes 20/21 sei noch nicht getroffen worden. Man habe jedoch ein Haushaltspaket geschnürt, das den Anforderungen der nächsten Jahre gerecht werde.

Wie das gehen soll, angesichts von 113 abgelehnten neuen Stellen, ist unklar. Christa Lang, im Bezirk zuständig für Arbeits- und Gesundheitsschutz, verspricht: »Die IG Metall wird die Defizite im staatlichen Arbeitsschutz solange skandalisieren, bis wir deutliche Verbesserungen erreicht haben.«

Weitere Informationen zum Thema gibt es hier: bw.igm.de/news/meldung.html?id=92979

Tarifrunde Holz und Kunststoff: Mit Schirm und Pfeife für mehr Geld

AKTIONSTAG Die Beschäftigten in Holz- und Kunststoffbetrieben wollen eine Entgelterhöhung. Dafür sind sie am 13. November auch im Südwesten auf die Straße gegangen.

Das bisherige Angebot der Arbeitgeber empfinden die rund 30.000 Beschäftigten in der baden-württembergischen Holz- und Kunststoffindustrie als inakzeptabel – dieses liegt unter der erwarteten Inflationsrate.

Bei einem bundesweiten Aktionstag am 13. November haben deshalb Tausende ihren Unmut gezeigt. Die größte Kundgebung im Südwesten wurde von 1000 Beschäftigten der Firmen Hymer, Dethleffs, Waldner Laboreinrichtungen, Carthago und Staud bestritten – teils im Schneeregen. Allein im Land gab es somit bis Mitte November rund 6600 Teilnehmer an Protestaktionen.

Die IG Metall fordert 5,5 Prozent mehr Geld für 12 Monate und ein überproportionales Plus für Auszubildende, am 12. Dezember gehen die Verhandlungen im Südwesten weiter.



Fotos: Daniel Rothenberger

Für mehr Geld und Tarifbindung: Beschäftigte beim Aktionstag in Isny

Höhere Einkommen im Elektrohandwerk

Die rund 60.000 Beschäftigten im baden-württembergischen Elektrohandwerk verdienen seit November 3,9 Prozent mehr. Azubis erhalten – wie bereits im vorhergegangenen Abschluss – überproportional mehr: Sie verdienen 60 Euro mehr im Monat, das entspricht einer Entgelterhöhung zwischen 6 und 8 Prozent. Zudem haben die Tarifvertragsparteien vereinbart, weiter über eine Angleichung der Löhne und Gehälter von Arbeitern und Angestellten in einem modernen Entgeltsystem zu verhandeln. Der aktuelle Tarifvertrag läuft bis Ende März 2021.

Schluss mit der Bekämpfung von Betriebsräten

Betriebsrats-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung haben Konjunktur. Politik, Medien und Justiz befassen sich aber nur sehr selten mit dem illegalen Treiben der Branche der Gewerkschaftsgegner. Diese fühlen sich dadurch bestärkt und machen einträgliche Geschäfte – die persönlichen Folgen des Mobbings für betroffene Kolleginnen und Kollegen sind indes verheerend und nicht selten existenzgefährdend. Auf der diesjährigen bundesweiten Konferenz »Betriebsräte im Visier« forderten die Teilnehmer in einer einstimmigen Entschliessung: »Schluss mit der Bekämpfung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen!«

👉 gegen-br-mobbing.de

Wider die Willkür von YouTube

ONLINE-PROTEST Die IG Metall ruft YouTuber zum Widerstand gegen Google auf. Damit soll erreicht werden, dass die YouTube-Mutter über bessere Arbeitsbedingungen verhandelt.

Eigentlich war das Gespräch zwischen YouTube/Google und FairTube, der Kooperation zwischen IG Metall und YouTubers Union, bereits für Oktober geplant. Die IG Metall hat ihre Teilnahme allerdings abgesagt, nachdem Google überraschend mitgeteilt hatte, dass Jörg Sprave, der Gründer der YouTubers Union, bei dem Treffen nicht

erwünscht sei. Daraufhin entschieden kurzfristig 2400 Mitglieder der YouTubers-Union in einer Umfrage: Kein Gespräch ohne Jörg Sprave!

FairTube fordert von Google faire und transparente Arbeitsbedingungen für YouTuber. Seit die Internetplattform neue Regeln für die Verteilung von Werbeeinnahmen aufgestellt hat,

leiden sie unter teils drastischen Verdiensteinbußen und beklagen nicht nachvollziehbare Einzelentscheidungen.

Das will FairTube ändern und fordert YouTuber nunmehr auf, YouTube in Kalifornien mit einer Einschreibenflut zum Einlenken zu bewegen:

👉 youtube.com/watch?v=tSit-Q4vhix0